Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Pressemitteilung
Kiel, 28.05.2003

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Nur durch einen Abbau der Arbeitslosigkeit hat Schleswig-Holstein wieder die Chance, aus den Haushaltssumpf herauszukommen

In einer ersten Stellungnahme zu den Haushaltseckpunkten der Landesregierung, sagte der stellvertretende Vorsitzende des SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Lars Harms:

„Angesichts der dramatischen Haushaltslage muss die Landesregierung verstärkt Prioritäten für Wachstum und Arbeitsplätze setzen. Nur durch einen Abbau der Arbeitslosigkeit hat Schleswig-Holstein wieder die Chance, aus den Haushaltssumpf herauszukommen. Von daher begrüßen wir, dass die Landesregierung eine Senkung der Lohnnebenkosten durch eine Mehrwertsteuererhöhung befürwortet. Auch die angekündigte Initiative zur Erhöhung der Erbschaftsteuer unterstützen wir. Dennoch müssen teure und unsinnige Projekte wie der Ausbau der Flughafens Kiel-Holtenau gestoppt werden. Stattdessen sollte die Landesregierung auf vernünftige Investitionen wie die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur oder für gezielte Konversionsmaßnahmen in den von Schließungen betroffenen Standorten wie Eckernförde oder Tarp/Eggebek setzen. Dass schafft wirklich Arbeitsplätze und löst Steuereinnahmen für das Land aus," so Harms.

SSW IM LANDTAG

Insgesamt machen die Eckpunkte der Landesregierung deutlich, dass die Beratungen für den Haushalt 2004/2005 wohl die schwersten und härtesten in dieser Legislaturperiode sein werden. Es gibt noch viele Unsicherheiten, insbesondere weil wir eigentlich erst nach der November-Steuerschätzung wissen wo wir stehen, denn dann wissen wir endlich, wie mögliche Beschlüsse auf Bundesebene sich auf das Land auswirken werden,“ so Harms. “Die Landesregierung muss in den kommenden Beratungen auf Bundesebene vor allem die Landesinteressen und nicht eigene Parteiinteressen im Auge haben, wenn es um die zukünftige finanzielle Ausstattung der Länder und Kommunen geht,“ machte Harms am Ende deutlich.

SSW IM LANDTAG